

# Bleihische Mordtaten der braunen Mordpest

## Reichsbannerleute mit tosendem Wasser begossen

Am Sonntag wurden Reichsbannerarbeiter, die durch den kleinen Ort Niesau bei Remscheid marschierten, von Nazi- und Sozialdemokraten aus dem Hinterhalt mit Regen, Wasser und Schweißpulver überfallen. Von den Häusern wurden die Reichsbannerarbeiter mit tosendem Wasser begossen. Der Reichsbannerführer wurde durch mehrere Mitglieder blutüberströmt niedergeworfen. Ein Kaufmann, der zu vermitteln suchte, kam mit geschlagenen Schläfen zu dem Reichsbannerführer. Ein anderer Reichsbannerarbeiter wurde schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Die verletzten sozialistischen Parteien verurteilten die Schmeißen in eine Tuschgrube zu werfen und konnten nur unter Vermeidung eines Verhaftens davon abgehalten werden. Die Reichsbanner des Innenministers Gering die stets eifrig gegen geheimer vorgehen, erklärten, sie „konnten nichts machen“.

Trotz der Dresdner Anzeiger keine Leser anläßt, konnten wir den des öfteren feststellen. So schreibt dieses Blatt zu diesem schändlichen Überfall auf die Reichsbannerarbeiter:

Tadel kam es zu einem Zusammenstoß mit einem ortsfremden jungen Mann, der sich im ersten Hofe gegen die Reichsbannerleute verhielt. Sein Verhalten war ein Verstoß gegen die Würdungen der Reichsbanner. Ein kommunistischer Arbeiter leistete in höchster Bedrängnis eine Vermittlung in die Reihe der Angreifer. Als auch die Mutter der jungen Leute von den Reichsbannerangehörigen bedrängt wurde, um Hilfe rief, kamen von allen Seiten die Reichsbannerleute des Dorfes zum Vorschein zu Hilfe, so daß die Reichsbannerleute abgingen.

Dieses infame Verbrechen der Volkspartei vertritt sich hinter dem „natürlichen Verstand“, der natürlich seinen Ursprung bei den kommunistischen Strömen selbst hat. So wird Politik gemacht, so wird belächelt, damit die braunen und schwarzroten Mordgeheulen ihr schändliches Mordtreiben gegen Arbeiter ungehindert fortsetzen können.

# Der „Linie“ Boebe als Einseitiger verkürzten Terrors im Reichstag

Zu dem heutigen Wiederbeginn der Reichstagsarbeit hat die „Linie“ durch welche Mittel die empörten werktätigen Massen gehandelt werden können, um die räuberische Politik der Bourgeoisie zu durchbrechen.

SPD-Boebe hat für die Ausschaltung der kommunistischen Fraktion im Reichstag bereits praktische Vorschläge gemacht.

Darüber soll für Finanzvorlagen die erste Beratung im Plenum stattfinden, damit so wenig als möglich die breite Öffentlichkeit informiert wird. Weiter sollen Interpellationen, die dem Reichstag nach dem Präsidenten nicht gefallen, zurückgewiesen werden, und kommen nicht zur Verhandlung. Mitgliederanträge werden in ihrer Formulierung vorgelesen.

# Unter der Kritik der Massen

## RGO-Betriebsräte im Schlepptau der verräterischen Bürokratie

### Die Stadt Dresden vergrößert die Arbeitslosigkeit / Schändliche Vereinbarungen der reformistischen Borzen / Entlassung von 189 Arbeitern

Am 30. Dezember 1930 fanden zwischen der Leitung der Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke (RGO) Verhandlungen mit den reformistischen Borzen des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer in diesen Betrieben statt. Am 2. Januar konnte der Direktor dieser Gesellschaft der Sozialdemokratischen Partei, an den Gesamtbetriebsrat ein Schreiben, worin er die Arbeitsverhältnisse begründete. Nach diesem Bericht sind insgesamt 189 Arbeiter und Handwerker „überflüssig“. Sie verteilen sich auf folgende Werte: Gaswerk 31 Arbeiter; Wasserwerk 10 Arbeiter; Elektrizitätswerke 138 Arbeiter. Neben diesen Entlassungen der Stammarbeiter sollen aber noch die sogenannten Teilzeitarbeiter aus Straßensplafel fliegen.

Am 9. Januar fanden nun Verhandlungen zwischen den 3 Fraktionen der Werte und den Reformisten Kurpat und Kämpfer vom Gesamtverband statt. Bei diesen Verhandlungen wurde die Vereinbarung getroffen, daß sofort alle überflüssigen Arbeiter, die Rubelohrordnung unterliegenden Arbeiter in den Rubelohrband verlegt werden und daß diese zur Entlassung der Reformisten einen monatlichen Ruhegeld einbüßen, welches alle Sozialdemokraten von 130 Mark erhalten. Ferner geben die reformistischen Borzen die Zustimmung, daß jeder Handwerker und Arbeiter verlegt werden kann zu einer Arbeit mit niedrigerem Lohn bzw. niedrigeren Zuschlägen. Weitlich heißt es in diesem Schanddokument:

„Welcher sich ein Handwerker oder ein Arbeiter, eine niedriger bezahlte oder eine Arbeit anzunehmen, die keine Ausbildung oder seiner früheren Tätigkeit nicht entspricht, so hat er die Kündigung zu gewärtigen.“

Diese Vereinbarungen lazen auch den Betriebsräten die Zustimmung vor, wobei sich zeigte, daß einzelne RGO-Betriebsräte aus völlig falscher Einschätzung der Bedeutung der Vereinbarung ihre Zustimmung zu diesen Abmachungen gaben. Das ist ein nicht wieder gut zu machendes Verbrechen. Es ist ein Unfug, zu glauben, daß die Rubelohrwerke nicht die Rubelohrempfänger über 30 Jahre in den Rubelohrband verlegt werden, keine weiteren Entlassungen erfolgen würden. Der von uns angeführte Punkt in der Vereinbarung gibt den Betriebsräten die Möglichkeit, Entlassungen nach Belieben vorzunehmen, indem man die Handwerker zu einer Arbeit verlegt, die so miserabel bezahlt ist und ihrer sonstigen Tätigkeit nicht entspricht, daß sie die Übernahme dieser Arbeit ablehnen müssen. Dann ist die Entlassung die Folge. Die Direktoren der Gas-, Wasser- und des Elektrizitätswerkes werden jetzt vor allem dazu übergehen, die reformistischen Elemente an Stellen zu versetzen, wo nur ganz wenige Arbeiter beschäftigt

# Die Nazis als entlarbte Agenten der Genfer Kriegstreiber

## RPD-Antrag auf Völkerverbundsaustritt Deutschlands abgelehnt

Berlin, 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Im Auswärtigen Amt des Reichstages herrschte am Montag Nachmittags Curtius über die Genfer Völkerverbundsausschließung. Selbstverständlich erklärten sich die Youngparteien und auch die Sozialdemokraten mit dem Vorschlag einverstanden. Wie sehr sich die Nazis als Völkerverbundspartei entwickelten, zeigt die Tatsache, daß sie in dieser Sitzung offen gegen den kommunistischen Antrag auf sofortigen Austritt aus dem Völkerverbund stimmten. Während sie sich in früheren Sitzungen bei der Abstimmung über diesen Antrag wenigstens der Stimme enthalten, haben sie durch diese offene Ablehnung sich zu den Youngparteien

geschlossen. Der Unfall ist ein Kniefall Hitlers vor dem Völkerverbund, um erneut die imperialistische „Dombauarbeit“ und „Ausmachtsrolle Deutschlands“ im Ausland zu beweisen, daß er für ihre kapitalistischen Ziele und für Sicherung der Reparationszahlungen absolut ungeschädlich ist. Die Nazis selbst brachten einen Antrag ein, Deutschlands Kündigung beim Völkerverbund einzureichen. Die nationalsozialistischen Redner aber erklärten, daß die Kündigung zwei Jahre laufe, könne man selbstverständlich weiter im Völkerverbund mitarbeiten und sich innerhalb der zwei Jahre überlegen, ob man die Kündigung zurückziehe. Das ist eine nichtsagende Geste, die an der Young- und Völkerverbundspolitik der deutschen Bourgeoisie nichts ändert.

# Berliner Kampfausschuß gegen Faschismus ruft zum Proteststreik auf

## Schluß mit dem Mordterror der Goebbels-Banden!

Berlin, 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Die Empörung der Berliner Arbeiterschaft über den neuen Mordterror der Goebbels-Banden ist ungeheuer. In Betrieben und auf Stempelstellen herrscht nur eine Meinung: Es muß Schluß gemacht werden mit dem faschistischen Mordterror! Der vorbereitende Kampfausschuß gegen Faschismus nahm zum Mordterror der Nazis und zum Demonstrationsschrei des Sozialdemokraten Erzjinski Stellung und fordert die Arbeiter auf, alle Kräfte für Durchführung folgender Punkte zu mobilisieren:

1. In allen Betrieben Stellung nehmen zur Durchführung eines dreitägigen Streikstreiks am Tage der Verabschiedung der Schaffung und Unterstützung der roten Betriebskomitees, für sofortige Aufhebung des Demonstrationsschreies, für Sicherung der Nazis aus den Betrieben.
2. In den Stempelstellen Kundgebungen gegen den faschistischen Mordterror, gezielte Verhängung der Gewerkschaftsbeschlüsse, Entfremdung der nationalsozialistischen Mordstreifer von der Stempelstelle.
3. In den Wohngegenden Mobilisierung der Werktätigen durch Haus-, Hof-, Straßen- und Wohnungsorganisation.
4. In allen Arbeitermassenorganisationen zu den Kampfmaßnahmen der Arbeiter gegen den Faschismus Stellung nehmen.

Während die Arbeiter zur gemeinsamen Aktion gegen die mörderischen Goebbels-Banden rufen, beantwortet die Erzjinski-Polizei die nationalsozialistischen Mordstreifer mit Polizeiliberellen auf Arbeiterstraßen. So füchten sie am Montag abend mit zwei Überfallkommandos mit entzündetem Revolver in ein Arbeiter-

lokal in Charlottenburg, um ausgerechnet hier nach Waffen zu suchen. Wie zu erwarten war, ergebnislos.

# Erzjinski kündigt Terror gegen RPD an

## Vor Presseverboten / Drohungen gegen die Wirte

Berlin, den 3. Februar.

SPD-Erzjinski, der Berliner Polizeipräsident, kündigt einem Vertreter des RPD gegenüber Verhängung der politischen Maßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und besonders gegen die kommunistische Presse an. Er räumt darüber, daß ihm nicht genügend gefällige Handhaben zur Unterdrückung der kommunistischen Presse, die er verantwortungsvoll macht für die täglichen Mordtaten der Faschisten gegen die Arbeiter, gegeben sind. Weitlich sagt dieser SPD-Führer:

„So dürfte es nicht weitergehen. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung würden zweifellos bereit sein, neue Mittel und Wege zu finden, um den unakzeptablen Zuständen des Straßenkrieges in Berlin und anderswo entgegenzutreten.“

So geben für jede Verhängung des faschistischen Unterdrückungsstokes die SPD-Führer den Ton an. Dabei zeigte anschaulich der Redeversuch gegen die Berliner Arbeiter, daß in jedem Fall, wenn Vorkaschier sich gegen die braune Mordpest ihrer Haut wehren, die Klassenjustiz sie in die Kerker wirft, während die beherrschten Unternehmerklasse ihre Verbrechen unbedeutend, ja wie fast in allen Fällen indirekt begünstigt durch den faschistischen Machtapparat ausüben können. Erzjinski fordert aber nicht nur Maßnahmen zur Unterdrückung der kommunistischen Presse, sondern:

„Zum Schluß kündigt der Polizeipräsident an, daß er auf Grund des neuen Schankstättengesetzes gegen die Wirte der sogenannten Betriebslokale der radikalen Parteien mit den schärfsten Mitteln einschreiten werde, wenn sie Gewalttätigkeiten oder Vorbereitungen zu Gewalttätigkeiten in ihrem Saal duldeten.“

Daraus geht klar hervor, daß, wie in der Vorkriegszeit, die Gewalttätigkeiten durch Behörden und reaktionäre Organisationen terrorisiert wurden, wenn sie revolutionären Arbeitern die Lokale zur Abhaltung von Versammlungen der SPD und Gewerkschaften zur Verfügung stellten, jetzt diese Maßnahmen gegen die kommunistischen Arbeiter Anwendung finden sollen. Allerdings haben die Behörden in der Vorkriegszeit diesen Terror heimlich ausgeübt, während die SPD-Führer heute offen dafür eintreten.

Die SPD-Arbeiter können an diesem Beispiel erkennen, wie offen sich diese Führer in den Dienst des Trufkapitals stellen. Und wenn Herr Kapital auf der Dresdner Unterbezirkskommission von der „Vertheidigung der Demokratie“ isoliert, so zeigen die von Erzjinski angeführten Terrormaßnahmen, daß „Demokratie“ heute nur der Rhetorik ist, mit dem über die Arbeiterleiden-

# § naus mit den Opportunisten aus der Partei!

Die Bezirksleitung bedingt die Genossen Vohl, Karga, Kaffke, Hartmann und Vllg, Mitglieder der Betriebsräte Ralks-Freitag, aus der Partei auszuschließen.

Die Genossen haben beim Glasarbeiterstreik, anstatt die Streikbewegung vorwärts zu treiben und den Kampf gegen Entlassungen zu führen, unter Führung des Betriebsratsvorsitzenden Vohl mit dem Unternehmer eine Abmachung getroffen, die bisherige dreitägige Arbeitszeit auf 4 Tage zu verlängern, dafür aber 20 Arbeiter zu entlassen.

Dieser Schritt, der eine Hinführung für den Unternehmer darstellt, wird von der RPD auf das entschiedenste verurteilt. Mit den Genossen fand eine Besprechung statt, um sie von ihrer falschen Haltung zu überzeugen. Die Genossen blieben bei ihrer Stellungnahme, die sie nach verteidigten. Gleichzeitig lehnen es die Genossen ab, der RGO beizutreten. Vohl, der in einer Notiz der „Arbeiterstimme“ irrtümlich als Mitglied der RGO bezeichnet wurde, jedoch der „Arbeiterstimme“ eine Verächtlichkeit, in der er die Hinführung verlangt, daß er nicht der RGO angehört.

Die Genossen weigerten sich auch in der erfolgten Besprechung, der RGO beizutreten. Daraufhin schloß die RPD diese Genossen aus.

Bezirksleitung der RPD Genossen.

# Wer könnte

als aufgeklärter und klassenbewußter Arbeiter auf seine „Arbeiterstimme“ verzichten? Keine Zeitung führt wie sie den Kampf um die Rechte der Werktätigen! Darum werbt für sie! Aber seid auch darauf bedacht, daß die Abonnementsquittungen immer pünktlich eingeliefert werden

liche Politik der Unternehmerrücklinge hinweggejagt werden soll. Jeder ehrliche SPD-Arbeiter muß diesen „Führern“ den schärfsten Kampf ansetzen und sich einreihen in die einheitliche Klassenfront aller Arbeiter zum Kampf gegen das kapitalistische Trufkapital und keine gutbezahlten Schlingel. Nach Schluß mit den Verrätern! Brüder, zu uns! Die RPD allein führt die werktätigen Massen zum Generalangriff gegen den Faschismus, für Arbeit, Brot und Freiheit!

# Lohnraub an den Buchdruckern

## Nur Kampf zerreißt Schlichter-Dittal!

Berlin, den 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Gehört wurde für das Buchdruckergewerbe ein Schlichtervertrag, der den tariflichen Spitzenlohn von 34,50 RM. an 33 RM. herabsetzt. Dies bedeutet einen Lohnraub von 6 Prozent. Die Buchdruckerkassette hat den Schlichtervertrag abgelehnt, jedoch eine Billige Seite. Verhindern können die Buchdrucker den Lohnraub nur durch Kampf unter Führung der RPD.

William Buch, der betriebliche Generaldirektor der Dittal-Hoffmann-Buch-AG hat „für Goshien einen Erfolg“ errungen, wie die bürgerliche Presse triumphiert. Die Beschäftigung von Dreimalmaschinen „Erzieher“ soll von der billigen Roten Maschinen Wagonfabrik in Bremen in die Wagonfabrik Werben verlegt werden.

# Heute 20 Uhr „Eldorado“: Kundgebung gegen Faschismus, die Linkskurve wirkt mit!